

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementssatz mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Sonderdruck monatlich 10 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig M 276, unter Kreisband für Deutschland und Österreich-Ungarn M 5.— Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Br. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3405.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Br. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterlate werden die angekündigte Beiträge mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verbindungen 20 Pf. Unterlate müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu beglichen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 260.

Dresden, Mittwoch den 9. November 1910.

21. Jahrg.

Der neue Reichstag.

Seit langem wurde die möglichst vorsichtige, äußerst parlante Aufführung des Reichstags für das nächste Jahr angekündigt. Nach dem Platzregen der neuen Steuern, der auf das deutsche Volk niederprasselte, musste die Reichsregierung sich alle Mühe geben, nun mehr die Reichsfinanzen als einvernehmen geordnet hinzustellen. Denn es geht ja auf die Reichstagswahlen zu und da wäre es unmöglich, schon jetzt das Volk mit neuen Finanzlagen zu quälen und anzutretern. Also musste man sich "einzurichten" veranlassen.

Man hat sich nun derart eingerichtet, daß so kolossale Kalküle wie in den Vorjahren diesmal nicht nötig werden. Nunmehr müssen wiederum 97½ Millionen Mark neu auf welche genommen werden und die Verzinsung der Reichsschuld wächst um 6,869 Millionen Mark gegen das Vorjahr; sie erreicht die Summe von 189½ Millionen Mark. Indirekt zeigt sich, daß die Erträge der neuen Steuern bei weitem nicht so hoch sind, wie sie von der Regierung und den Parteien des schwarz-blauen Blocks erwartet wurden. Wenn man trotzdem jetzt "leidlich" auskommen vermag, so wird offenbar, daß die 500-Millionen-Karl Forderung der Regierung Bülow-Syndor überhaupt unverhältnismäßig war. Oder aber man muß sich darauf gefaßt machen, daß es bald heißen wird: Die neuen Steuern sind hinter den Erwartungen zurückgeblieben, also müssen wir nochmals allerneueste Steuern fabrizieren! Und dies ist sicherlich die Absicht der Regierungen. Wenn nur erst die Reichstagswahlen vorüber sind!

Der Gesamtbetrag schließt in Ausgabe und Einnahme ab mit 270781913 M. Dabei sind die Bundesstaaten wiederum mit Matrikelarbeitslöhnen in Höhe von 48½ Millionen veranlagt, d. h. mit 80 M. pro Kopf der Bevölkerung. Der Staat zeigt natürlich wieder im vollen Maße das unvollständige Wesen der Reichswirtschaft, indem die weit überzeugenden Ausgaben für kriegerische Rüstungszwecke verwendet werden und die weit überwiegenden Einnahmen aus der Belastung der notwendigsten Lebensbedürfnisse des Volkes genommen werden. Die Ausgaben für Heer und Marine erfahren weitere Steigerungen und die neue Militärvorlage macht sich bereits finanziell bemerkbar. Die Kosten der neuen Militärvorlage werden, wie schon jüngst angekündigt wurde, für das Jahr 1911 "nur" auf 8 Millionen besetzt, aber man weiß nicht, wie hohe Kosten für die dann folgenden Jahre in Aussicht stehen; man fängt vorsichtig an, ob diese Ende kommt hinterher. Vorläufig wird mitgeteilt, daß aus Anlaß der Heeresverstärkung im Jahre 1911 neu ertragen werden sollen: 1 Generalinspektion des Militärberichtswesens, 1 Inspektion des Militär-Aufschiff- und Kraftfahrtwesens, 107 Maschinengewehrsabkompanien, 1 Artillerie-Regiment, 1 Kraftfahrbataillon und 2 Luftschifferbataillone. Die hierzu erforderlichen Mannschaften und Unteroffiziere sollen zum Teile aus bestehenden Truppenteilen zusammenommen werden.

Die Militärausgaben betragen im ordentlichen Staat an vorliegenden Ausgaben 711 Millionen, an einmaligen 18 Millionen, im außerordentlichen Staat 23½ Millionen. Die Verwaltung der Marine erfordert an fortduernden Ausgaben 167 Millionen, fast 10 Millionen mehr als in den Vorjahren, an einmaligen Ausgaben 174 Millionen, gleichfalls 10 Millionen mehr als im Vorjahr, und im außerordentlichen 100 Millionen½ Millionen weniger als 1910). Angeknüpft dieser enormen Kosten fällt ein anderer Posten im Ausgabebilanz auf, der lautet: Witwen- und Waisenversorgung Betrag für 1911 0, Null, Null! Den Witwen und Waisen hat das Reich Brot und Salz, Kleider und Zudecker, Schmalz und Fleisch, Petroleum und Erdöl verkauft, aber von einem Staat von fast drei Milliarden bleibt nichts übrig, um ihr elendes Los etwas zu erleichtern!

Auch für die längst versprochene Erhöhung der Mannschaftslöhne ist kein Zeugnis vorhanden. Für die Veteranen sind diesmal 5 Millionen bereitgestellt, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die neue Reichsverzweckslöhnung, die in Höhe von 18 Millionen veranschlagt ist, vom Reichstag beschlossen wird. Ohne diese neue Einnahme weiß die Reichsregierung noch immer nicht, woher die Mittel für die Veteranen zu nehmen seien. An die Forderung einer gehörigen Reichsverzweckslöhnung wagt sich, wie sich versteht, Herr v. Bethmann-Hollweg nicht heran!

In den Einnahmetümeln treten die Zölle und Verbrauchssteuern aufs schroffe herab. Es werden ver-

hertet werden die Einnahmen aus Gebühren wie folgt veranschlagt: Spielkartenstempel 1,8 Mill., Wechselseitstempel 17 Mill., Stempelabgaben von Wertpapieren 49 Mill., von Kaufgeschäften 15 Mill., von Lotterieschein 45 Mill., von Frachturkunden 15 Mill., Personenfahrscheine 19,6 Mill., Glaubensscheine für Kraftfahrzeuge 2,3 Mill., Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten 4,4 Mill., Schatz 3,7 Mill., Grundstückserwerbsvergütungen 43,7 Mill., Erbschaftsteuer 19 Millionen.

Die Mehrneinnahmen gegen das Jahr 1910 werden aus den bestehenden Zöllen und Steuern nur auf 32,6 Millionen veranschlagt, wozu dann noch die 18 Millionen Wertpapierabgaben kommen würden. Die Gesamteinnahmen aus Zöllen und Steuern werden auf 1450741000 M. veranschlagt. Die entsprechende Summe im Staat für 1910, d. h. vor der schwarz-blauen "Finanzreform", betrug 129277980 M. Die Einnahmenvermehrung beträgt also, statt der erhofften halben Milliarde, nur etwas mehr als eine Viertelmiliard. Dabei ist noch ein Teil der Steigerung auf Einnahmen aus anderen älteren Steuerquellen zurückzuführen.

Bekanntes bemerkenswert ist, daß mehrere der neuen Steuern für das kommende Jahr noch niedriger als für das jetzige angelegt werden müssen. So ist die Wechselseitstempelsteuer um fast 2 Millionen herabgesetzt, die Scheidegebühr um 3½ Millionen, vor allem aber die Gewerbesteuer um 6 Millionen und die Branntweinsteuer um 16½ Millionen. Zu diesem Einnahmeverlustgang der Branntweinsteuer (von 170½ Millionen auf 163½ Millionen) drückt sich eine Kultivierung der organisierten Arbeiterschaft aus. Der Branntweinboykott blieb nicht ohne bedeutende Wirkung. Nun muß er fortgesetzt und verstärkt werden! Jedes Weniger in dem Steuerfuß des Schnapsblocks ist ein Mehr im Ehrentonto des deutschen Proletariats!

So sieht in groben Umrissen der Wahljahr-Staat der Regierung Bethmann-Hollweg aus. Dafür werden sich die Wähler wahrscheinlich nicht begeistern können!

Briands neuestes Taschenspieler-Kunststück.

Paris, 8. November. Wie die meisten Sitzungen, in denen ungewöhnliche Ereignisse angekündigt werden, begann die heutige, in der das neue Kabinett sich der Kammer vorstellt, in vollkommenem Ruhe. Sobald die Kammer vollzählig versammelt war, verlas Briand die Erklärung der Regierung. Während der Verlesung hatte er an einigen Stellen den Beifall der Radikalen und der Progressiven. Die ge-einigten Sozialisten hörten schwiegend zu, enthielten sich jedoch jeder Demonstration. Am Schluss war der Beifall nicht besonders stark, doch schließen es an jeder feindlichen Manifestation. Der Eindruck auf den Zuhörern war, daß die Erklärung nicht so reaktionär ist, als erwartet wurde, und daß deren gestaltete Abfassung wenig Angriffsgrundpunkt bietet. Die wichtigsten Stellen der Programmerklärung lauteten:

Die Regierung, die an der Trennung der staatlichen von der kirchlichen Gewalt, an der Gerechtigkeit und der Freiheit festhält, wird sich ausschließlich auf eine republikanische Freiheit konzentrieren, die aus Männern besteht, die entschlossen sind, die Erwerbungen der Republik gegenüber der Kirche gegen die Reaktion zu verteidigen und weiter auszudehnen. Die Regierung wird ein Krieg zur Verteidigung der Laizität und die Fortschrittsbewegung sowie das Beamten- und das Einkommensteuergebot ins Leben rufen. Die Erklärung erinnert sodann an die angestrebten der Arbeiter ins Werk gesetzten Reformen, namentlich an die Altersversorgung. Die Arbeiter dürfen einzigt vom Gesetz, nicht aber von Unordnung und Gewalttat ihrer wirtschaftlichen Bedeutung erwarten. Es wird sich empfehlen, den gesetzlichen Maßnahmen zur Vermeidung der unerträglichen Falle von Sabotage und Anarchie, wie sie beim Eisenbahneraufstand zutage getreten sind, dadurch gründlich aufzurüsten, daß man durch sie die Urheber solcher Handlungen und die, die zu ihnen aufreihen, trifft. Die Freiheiten der Syndikate werden dadurch nicht berührt, sie sind unverzüglich wie die Freiheit der Arbeit.

Die Regierungserklärung weist ferner auf die Notwendigkeit hin, die Verhandlungen in ihren nächtlichen Bestrebungen zu fördern und die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn unter den bereits angegebenen Bedingungen zu sichern. Die Regierung werde aber nicht darüber, daß die Syndikate eine gesellschaftsfeindliche politische Aktion organisieren. Es werde auch notwendig sein, die Syndikatsverbände darunter auszugehauen, daß sie eine richtig Vertretung der Arbeiter darstellen, und die Frage des Ausstandes der Angestellten der öffentlichen Betriebe unabweislich zu regeln. Ein Schiedsgericht sei zwar ein vorzügliches Vorbeugungsmittel, könnte aber unwissentlich sein. Es wäre unzulässig, daß Angeklagte, die Sonderverteile genießen, durch Zähmung des öffentlichen Lebens das Vaterland in Gefahr brächten.

Hierauf trat die Kammer sofort in die Interpellationsdebatte ein. Bainlevé (Unabhängiger Soz.) warf Briand vor, daß er um das Vertrauen der Kammer gebeten habe für ein Ministerium, das nicht mehr bestanden habe, da es gleich darauf zurücktritt. Bainlevé griff in seinen weiteren Ausführungen die Persönlichkeit Briands heftig an, dem er vorwarf, daß er das Volk mit patriotischen Reden getäuscht habe und daß er erst habe Minister werden müssen, um zu leinen, daß Frankreich Grenzen habe. (Lärm.) Bainlevé warf Briand ferner seine sozialistische Propaganda und seinen Mangel an republikanischer Solidarität bestig vor und rief: "Solange Sie dort sind, wird auf der Ministerbank etwas faul sein!"

Bririot (sozialist.) erklärte bei Befredigung der Klände, unter den letzten der letzte Ministerwechsel stattgefunden. Briand habe einen wahrhaften Vertrauensbruch gegen seine Majestät begangen. Den Höhepunkt der Debatte bildete Jan. 1908' Reden. Briards sagte, die ministerielle Erklärung enthalte zwei Charakterzüge: Brutalität und Zweidimensionalität, die erhielt, weil sie wage, den Arbeitern in den öffentlichen Betrieben das Streitrecht zu nehmen, die zweite, weil sie nicht angebe, wie sie diese Drohung ausführen wolle. Im weiteren Verlauf seiner Rede wünschte Briard, daß die Regierung erkläre, ob sie Angehörige des sozialistischen oder des obligatorischen Schiedsgerichts ist, und was Briand vor, daß er ein doppeltes Ziel zwischen den Parteien der Linken und des Zentrums treibe. Redner erklärte ferner, die Gemäßigten und die Konserventen hätten den neuen Arbeitsminister Pfeiffer angenommen, weil sie in ihm einen Realistin sahen. Er grüßt Briand dann von neuem bestig an, und bedauerte, daß alle reaktionären Regierungen heute Briand als realistisches Beispiel anführen. Als letzter der heutigen Reden trat Theodore Steinach (sozialist.) für das obligatorische Schiedsgericht ein. Gedankt wurde die Sitzung auf morgen verlängert.

Deutsches Reich.

Ein nationalliberaler Schredenskind.

Herr Fuhrmann, der es in Frankfurt a. d. O. einen Fehler Bischofs genannt hatte, daß dem deutschen Volk das Reichstagswahlrecht gegeben worden sei, hat jetzt einen Nachfolger gefunden. Im Tag richtet jetzt der nationalliberalen Professor Sunkel aus Kassel an seine Partei die Forderung, daß sie nicht nur der Demokratie keine Rechtfertigung zeigen sondern vielmehr zu einem Angriff gegen sie vorbereiten sollte. Als das gezeugte Angriffsobjekt erachtet Herr Sunkel das Reichstagswahlrecht. Darüber schreibt er:

Sollen die bürgerlichen und sozialen Demokraten in Kurza gezeigt werden — und es ist für eine politische Partei ein Lebensbedürfnis, daß sie Kurza verbreitet — dann müssen auch von Seiten der anderen Parteien Angriffe auf die jetzigen Punkte der Verfassung erfolgen, die den Demokraten genehm sind, den andern aber unzulänglich erscheinen. Ich meine in erster Linie das gegenwärtige Reichstagswahlrecht. Ist die nationalliberalen Partei wirklich eine Mittelpartei, so kann sie nicht grundsätzlich für das jegliche Reichstagswahlrecht eingenommen sein, sondern es nur aus Gründen der Taktik besser vorbereitet.

Herr Sunkel entwidelt dann ausführlich den Plan eines Reichspluralwahlrechts, wobei ausgedienten Soldaten und älteren Leuten je eine Mehrstimme zugestellt werden soll, um drauf zu schließen:

Bossermann sagte in Kassel, wer das Reichstagswahlrecht angreife, stelle sich außerhalb des Programms der nationalliberalen Partei. Außerhalb des Programms vielleicht außerhalb der vernünftigen Grundsätze dieser Partei gewißlich nicht. Eine Partei kann aber nichts Besseres tun — der spätere Erfolg wird auf ihrer Seite sein — als daß sie ohne Rücksicht auf die jeweilige Taktik mit Bestimmtheit und Tapferkeit ihre innersten Grundsätze enthalt und vertrete.

Ob es Herrn Sunkels Tapferkeit gelingen wird, unter den Demokraten "Bürtig zu verbreiten", möchten wir dahin gestellt lassen. Unter den "bürgerlichen" vielleicht, aber die "sozialen" sind gar nicht so ängstlich! Bossermann dürfte zunächst nur in den Reihen der Nationalliberalen dastehen, denen eine derartige Entwicklung ihrer inneren Grundsätze wohl selten so ungelegen kommen könnte wie gerade jetzt.

Der Professor Sunkel lobt sehr gut den Unterstand zwischen dem gelehrten Programm, das man den Bürgern zeigt, und den geheimen "vernünftigen Grundzügen", die man plötzlich in Aktion treten läßt, wenn einem die Wähler auf der Lein gegangen sind!

Aus tiefer Not...

Konservative und Nationalliberalen bestimmen die Regierung um amtliche Hilfe bei der Befriedigung der Haltung dieser Parteien zur Finanzreform. Je mehr es sich zeigt, daß die 500 Millionen neuer Steuern bei allen Wahlen bestimmt mithilfen, um so dringender wird der Ruf nach amtlicher "Endlösung" der bürgerlichen Parteien. Die offiziellen Politischen Nachrichten bringen nur die folgende Antwort der Regierung:

Nachdem von den Mehrheitsparteien die Regierung immer wieder dringend aufgefordert worden ist, aufklärend in Bezug auf die Reichsfinanzreform zu wirken und den unbegründeten Vorwürfen gegen diese Wehrheit entgegenzutreten, erhebt sich nun auch von liberaler Seite die Forderung, daß die Regierung auch den Gründen, die die Liberalen zur Ablehnung der Reichsfinanzreform bewogen haben, gerecht werden und ihnen gewisse Anerkennung anteil werden mögten. Sonst schon den Bürgern der Mehrheitsparteien nur bedingungsweise und mit bedrächtlichen Einschränkungen entgegen zu sehen, so läßt die liberale Forderung offensichtlich weit über das Ziel hinaus. Die Einschränkung der Anerkennung für die Reichsfinanzreform besteht ferner, wenn auch keineswegs allein, so doch zu einem guten Teile auf die Ablehnung der Erbanschaffungssteuer. Innerhalb dieser Stellungnahme der Wehrheit des Reichstages liegt naturgemäß zugleich die Bürde der Zustimmung der Übereinkunft dem betreffenden Teile des Regierungsprogramms. Nachdem aber die verbündeten Regierungen

Betrag für 1911	Jugang	Abgang
688 291 000	6 991 000	
14 549 000	136 000	
28 814 000	2 103 000	
151 919 000	4 741 000	
58 250 000	202 000	
188 476 000	—	18 534 000
641 000	187 060	
10 878 000	696 000	
8 668 000	—	6 050 000
15 776 000	766 000	
128 482 000	11 982 000	